

Wir haben in der Umfrage, die ich angesprochen habe, folgendes angesehen. Wir haben die Verfassung der DDR von 1974 hergenommen, das Grundgesetz hergenommen und haben dann Rechtsstaat, die liberalen Freiheitsrechte, die demokratischen Grundinstitutionen und die sozialen Rechte, die dort kodifiziert sind, thematisiert und gefragt: Gehört das denn zur Demokratie dazu? Dann haben wir gefragt, bis zu welchem Maße diese Zielvorstellungen in der Politik der Bundesrepublik heute realisiert sind. Die Ergebnisse sind für mich faszinierend; ich will sie hier ganz kurz festhalten. Numero eins, das Demokratieverständnis der Ost- und Westdeutschen unterscheidet sich nur in Nuancen. Man sollte meinen, und das ist auch der Fall, daß die sozialen Rechte von den Bürgern in der ehemaligen DDR stärker betont werden, das hatte ja schließlich auch Verfassungsrang, während es im Grundgesetz so nicht zu finden ist. Aber die Unterschiede liegen nur bei fünf Prozentpunkten und nicht mehr. Was die Elemente der Demokratie betrifft, kann man eigentlich nicht von einem großen Unterschied zwischen den Bürgern der alten und der neuen Bundesländer sprechen. Zum zweiten, wenn Sie sich ansehen, wie die Bürger meinen, daß diese Elemente, diese zentralen demokratischen Normen bei uns realisiert sind, dann kann einem, je nach dem Fell, das er sich zugelegt hat, auch durchaus angst und bange werden. Ich hatte ja versprochen, keine Zahlen vorzulegen. Aber wenn die Bürger in den neuen Bundesländern zu 61 % der Meinung sind, daß die Gleichheit vor dem Gesetz zu wünschen übrig lasse, dann ist das etwas, was mich nachdenklich stimmt. Und wenn ich mir ansehe, daß 60 % der Bürger in den neuen Bundesländern meinen, daß die freie Berufswahl nicht gewährleistet ist oder daß in Bezug auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit nur 57 % meinen, daß sie realisiert sei, dann muß man sagen, hier ist ein Befund, der zumindest diskussionswürdig ist. Nebenbei, wenn Sie fragen, ein Parlament, das die Interessen der Bürger vertritt, ein Parlament gehört zur Demokratie, das meinen die meisten, aber nur 31 % in Gesamtdeutschland sind der Meinung, daß wir das tatsächlich haben, und der Prozentsatz liegt in den neuen Bundesländern bei 24 %.

Ich fasse zusammen und sage, das Demokratieverständnis der Bürger in den alten und den neuen Bundesländern ist weitestgehend ähnlich. Die Urteile darüber, wie diese demokratischen Normen jeweils realisiert sind, sind in Teilen sehr bedenklich, und das gilt vor allem für das Urteil der Bürger in den neuen Bundesländern. Nun sind das Demokratieverständnis und die Werte eine Möglichkeit, zu erklären, warum die Bürger denn so unzufrieden sind mit dem Funktionieren der Demokratie. Der gängige Erklärungsansatz ist, wie hieß das vorhin so schön, die Grundmuster bleiben lebendig: Der demokratische Sozialismus ist in den Köpfen, und weil die Bundesrepublik Deutschland eher das liberale Demokratiemodell und eben nicht das des demokratischen Sozialismus realisiert hat, deshalb sind die Bürger in den neuen Bundesländern unzufrieden. Eigentlich eine eingängige These, Noelle-Neumann sagt das ja auch immer wieder und belegt sie mit Daten.

Es gibt allerdings auch eine andere Möglichkeit, die Unzufriedenheit in Deutschland insgesamt und in den neuen und in den alten Bundesländern zu

erklären. Diese alternative Erklärung könnte schlicht in einer Leistungsbeurteilung der Politik und dem Erscheinungsbild von Politik in der Bundesrepublik liegen, also in der Wahrnehmung etwa einer andauernden Leistungsschwäche der Politik und in der Wahrnehmung mangelnder Integrität so mancher Politiker. Wir haben diese Alternative versucht empirisch zu überprüfen. Wir haben gefragt nach der Zufriedenheit der Bürger mit den Leistungen der Bundesregierung, wir haben gefragt nach der Vermutung, inwieweit Inhaber öffentlicher Ämter etwa der Bestechung oder der Korruption zugänglich sind. Das möchte ich Ihnen auch nicht vorenthalten. Das ist etwas, was doch auch zu denken gibt. Daß fast keiner oder nur einige Inhaber eines öffentlichen Amtes an Bestechung und Korruption beteiligt seien, das meinen nur 47 %. Das heißt, 53 %, und zwar in den alten, in den neuen Ländern und in Gesamtdeutschland, sind der Meinung, daß die Integrität nicht vollständig gegeben ist. Zum zweiten, die wirtschaftliche Lage wird katastrophal beurteilt, und da unterscheiden sich wiederum die Bürger der alten und der neuen Bundesländer überhaupt nicht. Wenn Sie, wie gesagt, die Einschätzung der Leistungen der Bundesregierung betrachten, dann sind in der Republik 21 % zufrieden, und zwar unisono, egal, ob sie nun vielleicht den demokratischen Sozialismus im Kopfe haben oder eben nicht, 21 % in den alten und in den neuen Bundesländern und in der Bundesrepublik insgesamt. Preisfrage ist natürlich, ich schenke mir hier wieder die Feinheiten und die technischen und methodischen Anmerkungen: Was ist es denn nun, ist es die Ideologie, oder ist es die Leistungsbeurteilung, die zu diesem Mißvergnügen an der Art und Weise, wie Demokratie in Deutschland im Augenblick funktioniert, geführt hat?

Das Resultat ist relativ eindeutig. Es ist nicht die Ideologie, es ist die Leistungsbeurteilung. Wir haben eine Analyse durchgeführt, die das ziemlich eindeutig belegt. Am Ausgangspunkt stand eine Frage: Warum sind die Deutschen mit der Art und Weise, wie die Demokratie heute in der Bundesrepublik funktioniert, nicht zufrieden? Woran könnte das liegen? Diese Frage findet eine eindeutige Antwort. Es liegt nicht daran, daß die Bürger in den neuen Bundesländern etwa nostalgisch ihrem demokratischen Sozialismus nachtrauern, sondern es liegt daran, daß sie wie die Westdeutschen ein Leistungsdefizit und ein Defizit im Erscheinungsbild der deutschen Politik wahrnehmen. Ich bedanke mich.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Vielen Dank Herr Klingemann. Es folgt sofort Herr Münchmeier. Bitte sehr.

Prof. Dr. Richard Münchmeier: Sehr geehrter Herr Vorsitzende, meine Damen und Herren. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, einige wenige Befunde aus der neuesten Shell-Studie vorzustellen. Dies hat den Vorteil, daß die Daten relativ frisch sind, ungewöhnlich frisch für übliche Verhältnisse, sie sind erhoben worden Ende November, Anfang Dezember im letzten Jahr. Erlauben Sie also einen relativ aktuellen Blick auf die Situation junger Menschen im vereinten Deutschland und die Einstellungen und Orientierungsmuster in Ost und West. Die Daten, die ich Ihnen vorstellen möchte, basieren auf einer repräsen-